

## **Viele offene Fragen, auch bei den Gewerkschaften, zur Militärregierung im Niger, aber den Kampf gegen den Uran-Abbau wird sie nicht unterstützen**

*Diskussionsbeitrag zur legitimen Ablehnung der französisch-westafrikanischen Interventionspläne und zur Freude über die Niederlage des französischen Interventionspläne. Aber auch zu einigen Illusionen über Russland als Ersatzfreund...*

„Hunde, die bellen, beißen nicht“, behauptet das Sprichwort. Ginge es danach, könnte man vielleicht darauf bauen, dass die nunmehr seit Wochen angekündigte und auch in deutschen Medien vieldiskutierte militärische Intervention in der mittelafrikanischen Republik Niger nicht stattfindet. Beim Sondergipfel der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – französisch CEDEAO, englisch ECOWAS abgekürzt – zum Thema in Nigerias Bundeshauptstadt Abuja tat man sich jedenfalls alle Mühe, zwar nicht laut zu bellen, doch mit martialischen Gesten den Willen zum militärischen Eingreifen zu unterstreichen. Gruppenphoto in Uniform (<https://guardian.ng/news/mali-niger-burkina-faso-guinea-absent-at-ecowas-defence-chiefs-meeting/>) inbegriffen. Ihre Eingreiftruppe hält sich derzeit bereit, den Niger zu attackieren, ([https://www.bfmtv.com/international/afrique/coup-d-etat-au-niger-la-force-de-la-cedeao-est-prete-a-intervenir-des-que-l-ordre-en-sera-donne\\_AD-202308180604.html](https://www.bfmtv.com/international/afrique/coup-d-etat-au-niger-la-force-de-la-cedeao-est-prete-a-intervenir-des-que-l-ordre-en-sera-donne_AD-202308180604.html)) „sobald der Befehl dazu erteilt wird“.

Manche Kommentatoren halten eine solche Intervention, die auf einen verheerenden Regionalkrieg in Westafrika hinauslaufen könnte, unterdessen für (<https://www.europe1.fr/international/niger-une-intervention-militaire-de-la-part-des-pays-de-la-cedeao-reste-peu-probable-4197428>) unwahrscheinlich. Zumal zwei Mitgliedsländer der ECOWAS, die Kapverdischen Inseln und Togo, sowie Nigers östlicher Nachbarstaat Tschad sich gegen (<https://actucameroun.com/2023/08/13/le-tchad-et-le-togo-refusent-de-servir-de-base-arriere-aux-attaques-envisagees-contre-le-niger/>) eine solche Perspektive aussprachen. Dennoch schienen sich in den letzten Tagen die Vorbereitungen für eine Militärintervention zu beschleunigen. Die ECOWAS behauptet jedenfalls nach einem erneuten Sondergipfel in Ghanas Hauptstadt Accra, „das Datum“ für ihren Beginn (<https://bnn.network/conflict-defence/ecowas-sets-secret-d-day-for-possible-military-intervention-in-niger/>) stehe fest. Auf der anderen Seite verlegten die Nachbarländer Mali und Burkina Faso, die die neue Führung in Niger unterstützen – ihre Mitgliedschaft bei der ECOWAS ist suspendiert, ebenso wie jene der Republik Guinea –, eigene Kampfflugzeuge (<https://bnn.network/breaking-news/mali-burkina-faso-send-warplanes-to-niger-against-possible-ecowas-military-intervention/>) in den Niger. Dort bildeten sich Schlangen von Freiwilligen (<https://www.aa.com.tr/fr/afrique/face-%C3%A0-une->

[%C3%A9ventuelle-intervention-militaire-des-nig%C3%A9riens-lancent-une-initiative-pour-mobiliser-des-volontaires-/2968858](#)) für die Armee vor den Rekrutierungsbüros.

Doch wie soll man inhaltlich dazu stehen? Dazu bestehen in der deutschen, wie auch der französischen, Öffentlichkeit mindestens zwei Meinungsblöcke mit geschlossenen Ansichten und Gedankengebäuden. Wo auf der einen Seite ein mögliches kriegerisches Eingreifen in die Vorgänge im Niger als notwendig hingestellt oder begrüßt wird, sinngemäß: im Namen einer Rettung der Demokratie, werden von einem anderen Standpunkt aus der jüngste Putsch im Niger und dessen Ergebnisse, sowie der in westlichen Hauptstädten behauptete oder befürchtete Bündniswechsel in Richtung Russland bejubelt.

### **Das offizielle Narrativ: „Rettung der Demokratie“**

Bürgerliche Leitmedien ebenso wie Regierungsstellen in Deutschland (<https://www.faz.net/aktuell/politik/nach-putsch-in-niger-scholz-versichert-bazoum-solidaritaet-19063403.html>) oder öffentlich-rechtliche Medien (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/niger-putsch-praesident-bazoum-bundeswehr-100.html>) bleiben weitgehend einem Narrativ verbunden, bei dem die Rollen insofern klar und säuberlich verteilt sind, als – im Falle des Niger – der gestürzte Präsident für Freiheit und Demokratie, die Putschregierung für deren Bedrohung stehen: *„Der Niger war bislang nicht nur für die Eindämmung der Migration ein wichtiger Partner für den Westen, sondern auch im Kampf gegen den Terrorismus. (...) Seine Regierung sei 2021 in demokratischen Wahlen an die Macht gekommen, schrieb Bazoum.“* (ZDF)

Man erkennt hier unschwer Elemente eines Herrschaftsdiskurses in westlichen Staaten, welcher bestimmt, wo die eigenen Verbündeten liegen. Man ist es bereits gewöhnt, hier misstrauisch zu werden, eingedenk der Erfahrungen mit Interventionen von Panama 1989 bis 2003 im Irak – höchst selten kam etwas Gutes bei ihnen heraus, wenngleich eine nähere Analyse der Ergebnisse in jedem Einzelfall erforderlich ist.

Offenkundig weist die Güte-Böse-Einteilung auch im Falle des Niger manifeste Schönheitsfehler auf. In einem der ärmsten Länder des Planeten – arm, weil durch die reichen Länder als billiges Rohstoffreservoir genutzt – war die Demokratie selbstverständlich eine unvollständige und gelenkte, auch wenn der nun gestürzte Staatspräsident Bazoum tatsächlich 2021 frei gewählt (<https://jungle.world/artikel/2021/14/artilleriefeuer-vor-der-premiere>) wurde. Doch die tatsächliche Macht lag in Wirklichkeit weiterhin (<https://www.iveris.eu/list/notes/570-niger-de-la-revolution-de-palais-a-lechiquier-mondial>) in den Händen seines Amtsvorgängers Mahamadou Issoufou, der aufgrund verfassungsrechtlicher Beschränkungen nicht formal für eine neue Amtszeit kandidieren konnte. Die Regierungspartei Bazoums und Issoufous, PNDS-Tarayya, kontrollierte die

reibungslose Zusammenarbeit mit den dominierenden auswärtigen Mächten – damals eben Frankreich und die USA -; rund 300 ihrer Spitzenfunktionäre und -beamten (<https://www.lefigaro.fr/international/a-niamey-la-jeunesse-tourne-le-dos-au-systeme-democratique-20230816>) teilten die öffentlichen Reichtümer weitgehend unter sich auf.

Doch vor allem: Die neuen Machthaber im Niger erklärten kurz nach ihrem Putsch, vier bestehende militärische Kooperations- und Stationierungsabkommen mit Frankreich aufzukündigen (vgl. [Faksimile ihrer Erklärung](#)), beginnend mit dem ältesten bestehenden bilateralen Abkommen, dem vom 19. Februar 1977. (Dieses löste ein erstes Militärabkommen von 1961, dem Jahr nach der Unabhängigkeit, ab.) Das offizielle Frankreich reagierte darauf mit wirscher Ablehnung: Die neuen Regierenden seien dazu nicht legitimiert, man werde nur mit einer gewählten Exekutive über eine solche Aufkündigung bestehender Abkommen verhandeln. Nur: Abgeschlossen worden war dasselbe Abkommen durch Frankreich mit einer Putschregierung. 1977 amtierte nämlich Staatspräsident Seyni Kountché, an der Macht von 1974 bis 1987 infolge ([https://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement\\_Seyni\\_Kountch%C3%A9](https://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement_Seyni_Kountch%C3%A9)) eines Armeeputschs vom 15. April 1974. Vereinbarungen treffen darf man mit einer Putschregierung, eine solche darf diese jedoch nicht aufkündigen...? Man darf mit Fug und Recht von einem Ausweis politischer Heuchelei sprechen.

Unter dem Strich darf und muss man die Tatsache, dass Frankreich – das der Militärs und der Milliardäre, nicht das der Bevölkerung – derzeit in Niger eine manifeste politische Niederlage einführt und seine Truppen von dort wohl abziehen muss, als solche explizit begrüßen. Es handelt sich um eine verdiente historische Quittung. Und zugleich um eine **notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung** dafür, dass es besser wird. Wie die Chancen dafür wirklich stehen, hängt dann jedoch auch davon ab, was danach kommt und wodurch die französische Dominanz abgelöst wird.

## Die Jubelfraktion

Und hier kommt nun die Frage der Bewertung der aktuellen Vorgänge ins Spiel.

An dieser Stelle treffen wir auf eine Fraktion der Begeisterten: Ihnen zufolge befinden sich die Dinge am heutigen Tag auf einem mehr oder minder hervorragenden Weg, dank des Macht- und des außenpolitischen Bündniswechsels im Niger.

Diese Stimmung gibt es in einem Teil der Linken; vor vierzig Jahren hätte es dort noch geheißen: „*Das Land hat einen sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen begonnen.*“ (Nicht selten log man sich dabei auch, was die konkreten Verhältnisse hier oder dort betrifft, ein wenig in die eigene Tasche.) Heute ist man da ein wenig zurückhaltender.

Man findet diesen Enthusiasmus etwa bei früher pro-sowjetisch ausgerichteten Linken, unter anderem im DKP-Spektrum (<https://www.unsere-zeit.de/das-ende-westlicher-vorherrschaft-4782739/>) und bei der Tageszeitung *junge Welt* (<https://www.jungewelt.de/artikel/455845.kontinent-im-umbruch-neokolonialismus-%C3%BCberwinden.html>) sowie in Teilen der Friedensbewegung (<https://cooptv.wordpress.com/2023/08/08/keine-von-den-usa-und-frankreich-unterstutzte-invasion-in-niger-workers-world-usa/>), darüber natürlich auch im Spektrum der Linkspartei.

Nicht damit gleichzusetzen, und klar davon zu differenzieren ist eine rechte, ja faschistische Jubelposition, die es ebenfalls gibt. Denn so einige offene Nazis und ungeschminkte (<https://www.compact-online.de/schlemmen-wie-im-deutschen-reich/>) Geisterverwandte jubilierten ihrerseits. Die extreme Rechte ist bekanntlich in ihrer Position zu Russland und dessen Regime untereinander nicht einig, die AfD musste u.a. deswegen einen Bundesparteitag (<https://www.tagesschau.de/inland/afd-parteitag-285.html>) vorzeitig abbrechen. An dieser Stelle geht es um den Putinfreundlichen Flügel, welcher in der völkischen Rechten derzeit klar in der Mehrheit zu sein scheint.

Er begrüßt den Machtwechsel im Niger überschwänglich (<https://www.compact-online.de/bravo-niger-trotzt-westlicher-aggression/>); meint damit jedoch nicht, dass ein Land wie dieses wirklich entkolonisiert werden sollte, sondern hauptsächlich, dass „**Afrika russisch wird**“ ([https://www.youtube.com/watch?v=mf\\_e1f91tAc](https://www.youtube.com/watch?v=mf_e1f91tAc)) und damit, aus seiner Sicht, künftig vom Reich des Guten dominiert wird.

Aus davon klar zu unterscheidenden Gründen tritt eine, eher in geopolitischen Dimensionen denkenden, denn die inneren Widersprüche unterstreichende Linke mehr oder minder freudig für den derzeitigen innenpolitischen Prozess im Niger ein.

Dies tut sie nicht gänzlich ohne gute Argumente. Tatsächlich deutet alles darauf hin, dass die öffentliche Meinung im Niger zwar zum Teil skeptisch bleibt, jedoch den vollzogenen Machtwechsel jedenfalls eher begrüßt denn ablehnt.

(<https://www.economist.com/middle-east-and-africa/2023/08/07/after-nigers-coup-the-drums-of-war-are-growing-louder>)

## Einschub zu Gewerkschaften

Auch unterstützen zivile Organisationen den Machtwechsel, wie es in einer gemeinsamen Erklärung mehrerer nigrischer Gewerkschaftsverbände (vgl. <https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/08/niger030823.pdf>) zum Ausdruck kommt.

Doch inzwischen haben knapp vierzig Mitglieder eines der unterzeichnenden Verbände, einer Hochschullehrer/innen-Gewerkschaft, sich von dieser Position, welche ihnen zufolge „**ohne die Basis zu konsultieren**“ ergriffen worden sei,

distanziert. Dies berichtet (<https://www.rfi.fr/fr/afrique/20230822-niger-une-quarantaine-d-enseignants-chercheurs-d%C3%A9noncent-le-soutien-de-leur-syndicat-%C3%A0-la-junte>) der französische Sender **Radio France international**; Anm.: dass RFI mit den neuen nigrischen Behörden unzufrieden ist, weil der Radiosender schon früh im Niger nach dem Putsch mit Sendeverbot belegt worden ist (vgl. <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20230803-rfi-et-france-24-s-indignent-de-la-suspension-de-leur-diffusion-au-niger> und <https://rsf.org/fr/suspension-de-rfi-et-france-24-au-niger-rsf-d%C3%A9nonce-une-nouvelle-atteinte-%C3%A0-la-libert%C3%A9-de-la-presse> sowie <https://www.lefigaro.fr/flash-actu/niger-france-24-et-rfi-denoncent-l-arret-de-leur-diffusion-dans-le-pays-20230803>), liegt auf der Hand.

Diese Positionierung der wichtigsten nigrischen Gewerkschaften erstaunt insofern zunächst, als die vormalige Regierungspartei (in den Jahren 2011 bis 2023) unter den Staatspräsidenten Mahamadou Issoufou und Mohamed Bazoum, die 1990 gegründete und offiziell als sozialdemokratisch eingestufte Partei PNDS-Tarraya, selbst ihre Basis unter den Gewerkschaften etwa der Staatsbediensteten rekrutiert hatte. Den weiteren Fortgang der gewerkschaftlichen Debatten und Positionen in dem Land gilt es zu beobachten.

### Lieber nicht blauäugig...

Dennoch ist Blauäugigkeit nicht angesagt. Zunächst einmal widerspiegelt die Militärregierung im Niger nicht eine Initiative jüngerer Offiziere in untergeordneten Positionen, wie zuvor (zwischen 2020 und 2022) in Mali und in Burkina Faso, wo neben den früheren Staatspräsidenten auch die alte Generalität mit abgesetzt wurde, sondern wurde durch die obere Armeehierarchie durchgeführt. Im Laufe des ersten Tages, des 26. Juli d.J., schloss sich ihr auch der Generalstabschef, Abdou Sidikou Issa, an ([https://www.lemonde.fr/international/article/2023/08/19/niger-la-france-a-ete-sollicitee-pour-liberer-le-president-mohamed-bazoum\\_6185898\\_3210.html](https://www.lemonde.fr/international/article/2023/08/19/niger-la-france-a-ete-sollicitee-pour-liberer-le-president-mohamed-bazoum_6185898_3210.html)). Insofern dürfte es in Niamey weit weniger zu einem Austausch der Eliten kommen als in Bamako oder Ouagadougou. Die Armeeregierung kündigte übrigens soeben an, eine Übergangszeit von dreijähriger (Höchst)dauer einzuhalten, bevor die Macht an Zivilpolitiker(/innen) übergehen soll. (<https://www.jeuneafrique.com/1474487/politique/au-niger-les-militaires-promettent-une-transition-de-trois-ans-maximum/>)

Auch deuten einige Elemente darauf hin, dass sich die Putschregierung zwar nicht mit dem von ihr festgesetzten, nun gestürzten Staatspräsidenten Mohammed Bazoum gut versteht; wohl aber mit dessen nach wie vor einflussreichem Amtsvorgänger und Hintermann Mahamadou Issoufou. Denn die beiden Herren waren zwar miteinander befreundet, gerieten jedoch in jüngster Zeit in Konflikt zueinander, nachdem Ölvorkommen in Niger entdeckt worden sind; Issoufou sah seine Gefolgsleute tendenziell aus dem Geschäft gedrängt.



[https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/08/22/coup-d-etat-au-niger-autour-de-l-ancien-president-mahamadou-issoufou-l-ombre-d-un-doute\\_6186226\\_3212.html](https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/08/22/coup-d-etat-au-niger-autour-de-l-ancien-president-mahamadou-issoufou-l-ombre-d-un-doute_6186226_3212.html))

Allerdings ließ die Militärregierung einen Sohn von Ex-Staatspräsident Issoufou, also Sani Mahamadou Issoufou, welcher seit 2021 unter Bazoum als (in den USA ausgebildeter) Ölminister diente, dessen Vollmachten jedoch bei der Regierungsumbildung 2022 beschnitten bzw. ein-gegrenzt worden waren, unter Hausarrest stellen. ([https://fr.wikipedia.org/wiki/Sani\\_Issoufou\\_Mahamadou](https://fr.wikipedia.org/wiki/Sani_Issoufou_Mahamadou)) Insofern wird abzuwarten bleiben, wie die Interessenkonflikte innerhalb der regierenden Eliten dort weiterhin ausgetragen werden. Eine umfassende ökonomisch-soziale Umwälzung, oder auch nur ein halbwegs radikaler Austausch der Eliten, dürfte jedoch tendenziell ausgeschlossen erscheinen.

In der Region hat es i.Ü. tatsächlich einen historischen Beispielfall für eine wirklich progressive Entwicklung infolge eines Militärputschs gegeben – unter Thomas Sankara (<https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/thomas-sankara/>) von 1983 bis zu seiner Ermordung 1987 in Burkina Faso. Doch ist beileibe nicht jeder putschende Offizier ein zweiter Sankara, weder von der Statur noch vom intellektuellen Profil, noch von den ihn unterstützenden sozialen und politischen Kräften her.

Vor allem dürfte die Strategie, die ehemals pro-sowjetische Linke auf den aktuellen Prozess im Niger infolge des absehbaren Bündniswechsels des Landes – Frankreich raus, die USA bleiben, doch Russland kommt – projizieren, im Hinblick auf einige Kernelemente einen Anachronismus darstellen. Aus ihrer Sicht handelt es sich um eine Fortsetzung oder Wiederholung der Allianz, die in früheren Zeiten, vor allem in den 1960er und 1970er Jahren, zwischen (<https://www.editions-ladecouverte.fr/tricontinentale-9782707174079>) nationalen Befreiungsbewegungen in kolonisierten Ländern der so genannten Dritten Welt und dem sowjetischen Block tatsächlich existierte, und damals zu wichtigen Verschiebungen in der internationalen Ordnung führte.

Doch das damalige Schema lässt sich tatsächlich kaum auf heute übertragen. Denn die UdSSR verfügte tatsächlich über ein anderes Wirtschaftssystem als die dominierenden kapitalistischen Länder.

Am sowjetischen System gibt es im Nachhinein nichts zu beschönigen, wobei sein Kapitalfehler keineswegs in anderen ökonomischen Strukturen besteht, sondern im totalen Mangel an Demokratie – doch ohne Eigeninitiative, ohne Kreativität „an der Basis“ konnte die ökonomische Planung nicht funktionieren, sondern führte zur Ausarbeitung von zentral erstellten „Plänen“ an gesellschaftlichen Realitäten und Bedürfnissen vorbei. Und zur Herausbildung einer mafiösen Schattenökonomie, die über den Schwarzmarkt den unbefriedigten Bedarf abdeckte. Selbst ein später eher sowjetnostalgischer Autor hatte es in den frühen 1990er Jahren verstanden, (<https://www.goodreads.com/book/show/3510374-die-rache-der-sowjets>) dies richtig herauszuarbeiten, und zu analysieren, mit dem damals heraufziehenden mafiösen

Kapitalismus russischer Prägung habe sich im Prinzip der Schatten gegen den Rest durchgesetzt, die Schattenwirtschaft habe das übrige System abgeschüttelt.

Die UdSSR verfolgte gegenüber der so genannten Dritten Welt, auch in Afrika (vgl. bspw. [https://www.persee.fr/doc/polit\\_0032-342x\\_1983\\_num\\_48\\_3\\_3337](https://www.persee.fr/doc/polit_0032-342x_1983_num_48_3_3337)), eine veritable Strategie. In deren Zentrum standen der Aufbau einer (vgl. bspw. <https://www.jstor.org/stable/23590839>) Schwerindustrie, wofür etwa die noch existierende gigantische Aluminiumfabrik in Fria in Guinea steht, sowie eines bedeutenden Staatssektors. Ferner sollten starke Staatsgewerkschaften aufgebaut werden – unabhängige Gewerkschaften standen nicht so sehr auf dem Programm –, die wiederum einer Einheits- oder dominierenden Partei ihre soziale Basis liefern sollten.

Ökonomische Interessen waren dabei der politischen Strategie untergeordnet, der sowjetische Block machte dabei im Prinzip keinen finanziellen Gewinn (und musste 1983 erstmals die Aufnahme eines beitriffsbegehrenden, mitgliedschaftswilligen Staats, Moçambique, in den gemeinsamen internationalen Wirtschaftsverbund RGW/COMECON ([https://de.wikipedia.org/wiki/Rat\\_f%C3%BCr\\_gegenseitige\\_Wirtschaftshilfe](https://de.wikipedia.org/wiki/Rat_f%C3%BCr_gegenseitige_Wirtschaftshilfe) und <https://www.jstor.org/stable/4368997>) ablehnen (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14682745.2023.2206648>), da man dessen Überforderung befürchtete).

Doch heutige russische Protagonisten verfolgen keine solche Strategie, sondern kommen eher, um sich in Afrika kurzfristig zu bereichern, wie jedenfalls bislang ([https://www.lemonde.fr/afrique/article/2021/12/14/exactions-et-predations-la-methode-de-la-milice-wagner-en-afrique\\_6105992\\_3212.html](https://www.lemonde.fr/afrique/article/2021/12/14/exactions-et-predations-la-methode-de-la-milice-wagner-en-afrique_6105992_3212.html)) die Militärfirma Wagner.

## **Ausgewagnert?**

Nun hat es sich in den letzten Tagen bekanntlich vorläufig ausgewagnert, nach-dem „Putins Koch“ (also Ewgeni /Jewgenij Prigoschin) in die Suppe fiel respektive mit dem Aufzug direkt in die Hölle fuhr. Dies ist Resultat von Machtkämpfen unter Fraktionen der herrschenden russischen Oligarchie; bekanntlich zeichnet sich Wladimir Putins Herrschaft seit 1999 dadurch aus, dass er den überbordenden Wildwuchs der Mafiafraktionen während der Boris Jelzin-Ära eindämmte und ein Stückweit die Staatsmacht restaurierte, indem er manche Fraktionen – die, die sich ihm nicht unterordneten – an den Rand drängte oder mit repressiven Mitteln bekämpfte, um die Aneignung der Reichtümer auf die „befreundeten“ Fraktionen zu konzentrieren. (Eine Eindämmung von Wildwuchs am Ausgang der für viele Russinnen und Russen auch in sozialer Hinsicht katastrophalen Jelzin-Jahre, die mit erklärt, warum Putin über eine gewisse so-ziale Basis verfügte und in Teilbeständen wohl noch verfügt.)

Nachdem nun auch die Chefdirektoren der „Musiker“ ausgeschaltet wurden – für sich betrachtet, ein glückliches Ergebnis bzw. Ereignis -, dürfte deren Geschäft freilich einfach durch die überlebenden Mafiafraktionen übernommen werden, oder aber unter neuer und dem politischen „Zentrum“ gegenüber loyaler Leitung fortgeführt werden.

Enttäuschungen dürften vorprogrammiert sein bei denen, die sich vom jetzigen Russland eine Neuauflage der Entwicklungs-, Industrialisierungs- und politischen Strategie der verbliebenen UdSSR versprechen. Zwar möchte die Russische Föderation gerne an „vergangene Größe“ aus den Zeiten der UdSSR wie aus den Tagen des Zarenreichs anknüpfen und sich wieder eine weltpolitische Rolle geben, wie es auch durch Wladimir Putins virtuellen Auftritt beim BRICS-Gipfel in Südafrika zum Ausdruck kommt. Dass die russischen Machthaber von heute bereit wären, einen hohen ökonomischen Preis dafür zu zahlen – das müsste hingegen erst noch bewiesen werden. Und erscheint hochgradig un-wahrscheinlich; zumal Russland derzeit weltweit zwar eine militärische Groß-macht darstellt, doch ökonomisch verlottert und heruntergekommen ist.

Selbstverständlich: Wer der regierenden russischen Oligarchie (bzw. jenen ihrer Flügel, die nicht bei inneren Machtkämpfen unter die Räder gerieten) lieber vertrauen möchte, darf dies gerne tun. Die Anderen werden eher abwarten und analysieren, was wirklich passiert. Und vielleicht sehen, auf welche sozialen und politischen Kräfte sich eine unabhängige Strategie stützen ließe, falls die Russlandbegeisterung abklingt...

### **Keine Einheitsfront zwischen Umweltschützer/inne/n und Militärregierung im Niger gegen Uran-Abbau zu erwarten**

Auch dürfte bitterlich enttäuscht werden, wer eventuell erwarten sollte, die neuen Machthaber im Niger würden – eingedenk der tatsächlichen negativen Erfahrungen mit dem französischen Neokolonialismus im Land – etwa dem Uranabbau dort ein Ende setzen. Dies dürfte sich schnell als Illusion erweisen.

Zumal den Machhabern in der Region nicht unbedingt so sehr die Atomkraftkritik am Herzen liegt denn eine Vorstellung von Entwicklung, die jedenfalls im Falle des jungen Militärpräsidenten Burkina Fasos derzeit einschließt, dass er sich von den Machhabern in Russland ein Atomkraftwerk hinbauen lassen möchte:

- <https://www.aib.media/64455/>
- <https://burkina24.com/2023/07/29/implantation-dune-centrale-nucleaire-au-burkina-faso-le-capitaine-ibrahim-traore-en-parle-avec-vladimir-poutine/>
- [https://www.alwihdainfo.com/Le-president-burkinabe-evoque-un-projet-de-centrale-nucleaire-pour-la-sous-region\\_a125161.html](https://www.alwihdainfo.com/Le-president-burkinabe-evoque-un-projet-de-centrale-nucleaire-pour-la-sous-region_a125161.html)



Deswegen nicht ungebrochen folgen kann der Verf. dieser Zeilen übrigens, trotz eindeutig geteilter und gemeinsamer Grundanliegen!, einem bei dem (von mir überaus geschätzten) **Breueler Extradienst** sowie bei **telepolis** publizierten Artikel. Dort werden die Dinge unter dem Strich so dargestellt, als sei die nigrische Bevölkerung überwiegend vollkommen gegen den in ihrem Land betriebenen Uran-Abbau und deswegen gegen Frankreich eingestellt, und als resultiere der Armeeputsch daraus. (Vgl. <https://www.telepolis.de/features/Militaerputsch-im-Niger-Uran-Abbau-und-Umweltzerstoerung-als-tiefere-Gruende-9242545.html> und <https://extradienst.net/2023/08/12/niger-die-tiefere-wurzel/>)

Dies geht jedoch so nicht auf. Zwar wäre bzw. ist es politisch nachvollziehbar und richtig, gegen Atomenergie-Nutzung und deswegen auch gegen Uran-Abbau einzutreten, was darauf hinauslaufen würde, das Uranerz in der Erde zu lassen (oder überwiegend, vielleicht könnte man zu Forschungszwecken geringe Mengen extrahieren). Doch dieser Standpunkt dürfte in Niger nicht wirklich sehr verbreitet sein. Was natürlich damit zusammenhängt, dass dieser Rohstoff jedenfalls derzeit das teuerste Pfund ist, mit dem Niger auf den kapitalistischen Weltmärkten verhandeln kann.

### **Vorwürfe aus Niger betrff. Uranpreis**

Konkret von den strahlenden Konsequenzen von Uranabbau betroffene Anwohner/innen mögen gegen diese Rohstoffförderung eintreten, und diese selbstverständlich mit allem Recht.

Die Eliten in Niger (auch in derzeitigen Militärregierung!), aber auch ein relevanter Teil der Bevölkerung beschwert sich jedoch nicht grundsätzlich über die Tatsache des Uranabbaus im Land an und für sich. Sondern vor allem darüber, dass dieser für das Land nicht genügend abwirft. Ja, dass ausländische und vor allem französische Firmen den Abbau (bewusst) vernachlässigen, um den Niger einerseits und andere, konkurrierende Anbieterländer bzw. Lieferanten gegeneinander auszuspielen.

Denn in der jüngeren Periode wurde der Uranabbau vor Ort eher gedämpft denn ausgebaut. Die Jahrzehnte lang ausgebeutete Mine in Arlit wurde zu Anfang des Jahrzehnts wegen Erschöpfung der Vorkommen geschlossen. Die Eröffnung eines neueren Uranbergwerks in Imouraren wurde im vergangenen Jahr mehrfach verzögert, zunächst aufgeschoben und erst zu Anfang dieses Jahres wieder angekündigt. Und dies nicht, weil, wie Nichtregierungsorganisationen wie die französische NGO Survie kritisierten, der Abbau des radioaktiven Metalls gravierende sanitäre Folgen für die örtliche Bevölkerung haben könnte – auch dies trifft zu, doch übt sich die örtliche Elite kaum in Extraktivismus- und Atomenergie-Kritik -, sondern weil die französische Atomfirma Orana (ehemals AREVA) kein den Preis drückendes „Überangebot“ haben wollte.

In einem derzeit bei den **social media** umgehenden Interview einer früheren tschadischen Präsidentengattin finden sich einige Ausführungen dazu. Bei Bedarf kann der Verf. dieses Video gerne Interessierten weiterleiten (...kürzlich schrieb der Autor dieser Zeilen es fälschlich Hinda Déby zu, also der Gattin des im April 2021 getöteten letzten tschadischen Präsidenten; es stammt jedoch von Fatime Raymonde Habré, also der Ehefrau des im August 2021 in Haft verstorbenen, vorletzten tschadischen Staatspräsidenten).

Ex-Präsidentengattin Fatime Raymonde Habré bringt darin den Unmut der Eliten im Nachbarland jüngst auf den Punkt: Die Franzosen wollten den Rohstoff (also das Uran) gar nicht zügig abbauen und dafür zahlen, sondern ihn, jedenfalls vorläufig, im Boden lassen, „**sondern in Reserve behalten, nur sollen Andere ihn auch nicht bekommen**“. Dies dürfte im Übrigen auch einen Teil der Interessenunterschiede und Divergenzen, die derzeit zwischen dem tschadischen Regime – das eine Unterstützung einer militärischen Intervention im Niger ablehnt – und der französischen Regierung laut werden, mit erklären...

Seit spätestens 2007 hatte die französische Atomindustrie tatsächlich die Bedeutung von Niger als Lieferant erheblich relativiert. Damals stand, im Sommer jenes Jahres, eine Neuaushandlung der langfristig geschlossenen Abbauverträge und Schürfkonzessionen auf dem Programm. Der Weltmarktpreis für ein Kilogramm natürlichen Urans lag damals, im Spätsommer 2007, bei 192 Euro (oder an der New Yorker Börse, im Juni 2007, bei einem kurzzeitigen Maximalpreis von 135 US-Dollar pro Pfund, also 270 US-Dollar pro Kilogramm (vgl. <https://www.mataf.net/fr/matieres-premier/edu/uranium>)). Zwischen 2003 und 2007 hatte sich der Uranpreis dabei verneunfacht, also auf 900 % des Ausgangswerts erhöht.

Doch aufgrund von Verträgen mit langjähriger Laufzeit zahlte AREVA damals dem Niger noch 41,6 Euro pro Kilo. Im August 2007 musste das französische Unternehmen den Preis auf 60,97 Euro anheben. Doch fürchtete man in Paris einen wachsenden Appetit der nigrischen Seite, die zugleich kleinere neue Schürfkonzessionen an kanadische, südafrikanische, indische, chinesische und russische Firmen vergab.

Da nach dem Zusammenbruch der UdSSR aber riesige Uranvorkommen in Kasachstan und Russland auf den Weltmarkt drängten, orientierte sich Frankreich um und reduzierte die Lieferungen aus Niger. Erst ab circa 2015, mit dem Beginn der Russland-Sanktionen nach der Annexion der Krim im Vorjahr 2014, schwenkte man wieder stärker auf den Niger zu. Doch zu dem Zeitpunkt war wiederum der weltweite Uranpreis tief: Infolge des Atomunfalls im japanischen Fukushima vom 11. März 2011, sowie des in Folgezeit gefassten Atomausstiegsbeschlusses in einem der weltweit führenden Industrieländer – nämlich der Bundesrepublik Deutschland – verfiel der Uranpreis (vgl. [https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/niger/niger-les-mines-d-uranium-ne-sont-plus-rentables-victimes-de-leffondrement-des-cours-mondiaux\\_3675011.html](https://www.francetvinfo.fr/monde/afrique/niger/niger-les-mines-d-uranium-ne-sont-plus-rentables-victimes-de-leffondrement-des-cours-mondiaux_3675011.html)), bevor er zu Anfang diese Jahrzehnts wieder kletterte. Im

Jahr 2022 stieg er mit dem Beginn verschärfter Russland-Sanktionen innerhalb einiger Wochen um die Hälfte auf dann 63 Dollar pro Pfund, also gut einhundertzwanzig Dollar für's Kilo. (<https://fr.businessam.be/les-prix-de-luranium-ont-deja-augmente-de-50-cette-annee-ils-vont-continuer-a-augmenter/>) Derzeit liegt er bei rund 51 Dollar pro Pfund, also gut einhundert Dollar pro Kilo. (Vgl. <https://fr.investing.com/commodities/uranium-futures-historical-data>) Genau dort lag er übrigens im Juli 2011, also drei Monate nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima. (Vgl. <https://www.mataf.net/fr/matieres-premieres/edu/uranium>)

Auf dieser Mischung aus ökonomischer Frustration der einheimischen Eliten wie auch der nach möglichst gutbezahlten Arbeitsplätzen verlangenden Bevölkerung, politischem Unmut und militärischer Erfolglosigkeit des französischen „Kampfs gegen den Jihadismus“ basieren die Hintergründe für den jüngsten Putsch und damit zusammenhängende Optionen auf internationale Bündniswechsel.

Dies zu erkennen, ist richtig. Auch richtig ist es, politisch gegen Atomenergieeinsatz einzutreten. Nur sollte man nicht - unter Einebnung aller Widersprüche, in einer durchaus widerspruchreichen Welt – grob vereinfachend so tun, als führten die nigrische Bevölkerung und die Eliten des Landes haargenau denselben Kampf wie etwa die Atomkraftgegner/innen hierzulande, und wollten allesamt das Uran schlicht im Boden lassen. Dem ist offenkundig nicht so.

Inhaltlich wäre es ja durchaus richtig, den Löwenanteil des Uranerzes tatsächlich ohne weiteres Zutun im Boden zu lassen. Nur müsste dann darüber diskutieren, wovon der Niger Geldeinnahmen oder andere (materielle) Transfers bezieht, die das Land nicht einfach als Armenhaus belassen. Unter einer anderen internationalen Wirtschaftsordnung dürfte dies kaum zu haben sein. Umso richtiger ist es, sich für eine solche einzusetzen.

### **Artikel von Bernard Schmid vom 24.8.2023**

*(Ausführliche und aktualisierte Langfassung eines (Diskussions-)Artikels, dessen Kurzfassung zuerst am Dienstag, den 22.08.23 beim Internetmagazin telepolis publiziert wurde.)*

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Putsch in Niger: Ein weiterer Krieg für Bodenschätze?](#)